

**Fragen der Fraktion DIE LINKE. zur Zukunft von Opel,  
Fragestunde des Bundestages, 18. März 2009, Plenarprotokoll 16/210**

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

...Wir kommen dann zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Zur Beantwortung steht die Parlamentarische Staatssekretärin Dagmar Wöhrl zur Verfügung.

Ich rufe die dringliche Frage 2 der Kollegin Dr. Dagmar Enkelmann auf:

*Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung insbesondere aufgrund der Ergebnisse des aktuellen Besuchs des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie in den USA zur Fortführung des Automobilunternehmens Opel im Rahmen einer europäischen Lösung und unter Beteiligung des Bundes, der Bundesländer, in denen Opel-Standorte sind, sowie der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?*

Bitte schön.

**Dagmar Wöhrl**, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Dr. Enkelmann, ich beantworte Ihre Frage wie folgt: Die Bundesregierung prüft zurzeit in enger Zusammenarbeit mit dem Unternehmen, mit seiner amerikanischen Mutter und unter Einbeziehung der amerikanischen Regierung die Möglichkeit zur Fortführung des Automobilunternehmens Opel. Dafür müssen aber gewisse Voraussetzungen gegeben sein, nämlich ein wirtschaftlich und rechtlich tragfähiges Zukunftskonzept. Das liegt noch nicht vor.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Eine Nachfrage, Frau Enkelmann.

**Dr. Dagmar Enkelmann** (DIE LINKE):

Das war ein bisschen dürftig, Frau Staatssekretärin. Eines der Probleme betrifft die Patente. Sie selbst haben, nachdem Herr zu Guttenberg zurück war, gesagt, es scheine so, dass die Patente beim US-Finanzministerium verpfändet seien. Gibt es, sollte es gelingen, eine Lösung im Sinne eines eigenständigen Unternehmens Opel herbeizuführen, tatsächlich die Chance eines Zugriffs auf diese Patente? Diese wären für das Unternehmen lebenswichtig. Das ist meine erste Nachfrage. Meine zweite werde ich dann anschließen.

**Dagmar Wöhrl**, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Wenn Sie in Ihrer dringlichen Frage nach den Patenten gefragt hätten, hätte ich sie gleich beantwortet. Ich beantworte sie jetzt wie folgt: Die Patente sind verpfändet – heute früh waren im Wirtschaftsausschuss Vertreter von Opel bei uns –, Fakt ist aber auch, dass die Patente nicht sicherungsübereignet sind. Für eine zukünftige Selbstständigkeit des Unternehmens Opel werden die Patente eine wichtige Rolle spielen. Das heißt, dass dann, wenn die Contracts zwischen GM, dem Treasury und der Opel AG gemacht worden sind, Gespräche geführt

werden müssen, wie mit den Patenten zukünftig zu verfahren ist. Sie haben vollkommen recht: Das ist für die Überlebensfähigkeit, für das zukünftige Weiterexistieren von Opel von grundsätzlicher Bedeutung.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Noch eine Nachfrage?

**Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE):**

Ja, ich habe noch eine Nachfrage. – Es wäre wahrscheinlich ein sehr großer Druck der Bundesregierung notwendig, um tatsächlich an die Patente zu kommen. Jetzt zu meiner zweiten Nachfrage: Heftige Kritik an der Reise von Herrn zu Guttenberg übt unter anderem der Automobilexperte Ferdinand Dudenhöffer, der unter anderem von Politikmarketing spricht und der behauptet, CDU und CSU würden den Autobauer Opel gar nicht retten wollen. Er spricht von Hinhaltenaktik und äußert den Vorwurf, man lasse Opel totlaufen usw. Er fordert in diesem Zusammenhang eine deutliche Aussage der Bundesregierung hinsichtlich einer Staatsbeteiligung an Opel. Teilen Sie diese Auffassung? Wird in der Bundesregierung überhaupt geprüft, ob dieses Unternehmen mithilfe einer staatlichen Beteiligung – auch wenn sie nur vorübergehend ist – gerettet werden kann?

**Dagmar Wöhrl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:**

Die Bundesregierung denkt nicht an eine Staatsbeteiligung. Der Minister ist in Amerika gewesen. Wir sehen diesen Besuch als einen Fortschritt an. Immer noch sind sehr viele Fragen offen; inzwischen sind aber einige Fragen geklärt worden. Im Rahmen dieses Besuches ist festgestellt worden – dafür waren wir sehr dankbar –, dass sich GM eine Minderheitsbeteiligung vorstellen könnte; bis jetzt ist das immer ganz offen gewesen. Eine solche Beteiligung ist eine Voraussetzung dafür, dass Opel in eine rechtliche Selbstständigkeit entlassen werden kann. Es wurde auch ganz deutlich, dass ein großes Interesse am Weiterbestand von Adam Opel Europe besteht. Auch das wurde bisher in diesem Zusammenhang noch nicht so klar und deutlich gesagt. Eine enge Zusammenarbeit wurde vereinbart. Zukünftig wird von der Regierung ein Koordinator eingesetzt werden, der im stetigen Kontakt mit den einzelnen Akteuren ist.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Jetzt stellt die Kollegin Sevim Dağdelen eine Frage.

**Sevim Dağdelen (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Herr Präsident. – Liebe Frau Wöhrl, Sie haben in Ihrer Antwort gesagt, dass Fragen geklärt worden sind. Es gibt unterschiedliche Medienberichte über den Besuch des Bundeswirtschaftsministers. Die *Financial Times Deutschland* schreibt, der Einstieg des Bundes sei ausgeschlossen und die Ergebnisse des mit Spannung erwarteten Treffens dürften in Deutschland vor allen Dingen für Enttäuschung sorgen. Ich würde mich freuen, wenn die Bundesregierung in der Lage wäre, uns, die Mitglieder des Deutschen

Bundestages, über diese Ergebnisse zu unterrichten – offensichtlich ist dies gegenüber der *Financial Times Deutschland* bereits geschehen –: Welches sind also die konkreten Ergebnisse der Gespräche, die die Bundesregierung in den USA vor kurzem geführt hat, abgesehen von der Vereinbarung, dass in der nächsten Zeit ein Koordinator eingesetzt werden soll?

**Dagmar Wöhrl**, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Für uns als Bundesregierung ist es vor allem notwendig gewesen, verschiedene Punkte gegenüber den Akteuren in Amerika klarzustellen. Es ist eindeutig, dass in Amerika momentan die wichtigen Ereignisse stattfinden müssen. Es müssen Contracts zwischen dem Mutterkonzern und der amerikanischen Regierung geschlossen werden. Der amerikanischen Regierung muss ein Konzept vorgelegt werden; ein solches Konzept liegt noch nicht vor. Danach müssen Verträge mit der Adam Opel AG geschlossen werden. Erst wenn das geschehen ist, können wir hier über dieses Konzept entscheiden. Für uns war es sehr wichtig, in diesem Gespräch darzulegen, dass wir nicht in Vorleistung gehen werden, bevor dieses Konzept auf dem Tisch liegt. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Man hat manchmal das Gefühl gehabt, dass auf amerikanischer Seite von falschen Voraussetzungen ausgegangen wird. Wir sind Treuhänder von Steuergeldern. Wir tragen Verantwortung dafür, dass Steuergelder in ein zukunftsfähiges, wettbewerbsfähiges Konzept fließen. Diesbezüglich sind noch nicht alle Fragen beantwortet. Der Minister hat bei seinen Gesprächen auf die offenen Fragen direkt und explizit hingewiesen.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Die nächste Frage stellt der Kollege Volker Schneider.

**Volker Schneider** (Saarbrücken) (DIE LINKE):

Frau Staatssekretärin, Sie haben davon gesprochen, dass eine Reihe von Fragen offenbleibt. Sie haben mit Recht davon gesprochen, dass eine Reihe dieser Fragen existenziell ist. Eine dieser Fragen ist, ob Opel wie bisher im GM-Verbund nur europaweit Autos verkaufen darf oder ob es das, wie es die Arbeitnehmervertreter fordern, zukünftig auch weltweit tun darf. Hat das bei den Gesprächen in den USA eine Rolle gespielt und, wenn ja, mit welcher Tendenz?

**Dagmar Wöhrl**, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Es hat heute Morgen bei uns im Ausschuss eine Rolle gespielt; dieses Thema wurde auch von den Arbeitnehmervertretern angesprochen. Außerdem wurde angesprochen, dass ein Mehrheitsaktionär gesucht wird. Wenn eine rechtliche Selbstständigkeit, also die Loslösung vom Mutterkonzern, gegeben ist, dann wird angestrebt, die eigenen Produkte weltweit zu vertreiben. Man sieht darin auch eine Notwendigkeit. Ich glaube, diesen Argumenten kann man sich anschließen.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Vielen Dank. – Die nächste Frage stellt der Kollege Bodo Ramelow.

**Bodo Ramelow (DIE LINKE):**

Frau Staatssekretärin, ich würde gern drei Tatbestände erwähnen, bevor ich meine Frage stelle. Sie haben in Interviews von der Option gesprochen – so berichten zumindest die Medien –, deutsches Insolvenzrecht anzuwenden. Ferner habe ich gelesen, dass unter Verweis auf Sie gesagt wurde, die finanziellen Mittel von Opel würden derzeit wohl bis April reichen. Mich hat in dem Zusammenhang die Frage umgetrieben, ob das nur Barmittel oder auch Kreditlinien oder noch andere Positionen sind; denn Herr zu Guttenberg weist ja darauf hin, dass GM allein für Entwicklungsarbeit Opel 1 Milliarde Euro schuldet. Ein weiterer Tatbestand: Im November sind auf die deutschen Werke Bürgschaften in Höhe von 1,5 Milliarden Euro gezogen worden, die GM im Rahmen des Cash-Managements in die USA abgezogen hat. Berücksichtige ich diese drei Komponenten, dann bleibt für mich die Frage: Wie wirkt sich aus Ihrer Sicht nach deutschem Insolvenzrecht der Tatbestand des Abzugs dieser Gelder aus, wenn vorher in den USA Gläubigerschutz nach Chapter Eleven beantragt würde?

**Dagmar Wöhrl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:**

Ich glaube, Sie haben mich falsch interpretiert. Ich habe auf eine Frage bezüglich des Insolvenzrechts nur geantwortet, dass wir ein sehr modernes Insolvenzrecht haben und dass in Deutschland viele Unternehmen aus einer Insolvenz gestärkt hervorgegangen sind. Ich habe nicht gesagt, dass es Planungen gibt, das Insolvenzrecht auf Opel anzuwenden, sondern nur auf die allgemeine Frage, wie ich das deutsche Insolvenzrecht bewerte, geantwortet, dass ich es nicht als Makel, sondern als Teil unserer sozialen Marktwirtschaft sehe. Fakt ist auch, dass das Insolvenzrecht zurzeit keine Rolle spielt, sondern dass wir alle gemeinsam eine Lösung dafür suchen, Opel rechtlich selbstständig zu machen und aus dem Verbund der Mutter GM herauszulösen. Wenn ein Konzept vorliegt, sind wir auch gern zur Unterstützung bereit. Ob Gläubigerschutz nach Chapter Eleven beantragt wird, wird sich in den nächsten Monaten entscheiden. Bis jetzt wurde uns gesagt, dass die finanziellen Möglichkeiten sehr knapp sind und dass es schon im März um die Überlebensfrage gehen kann. In den USA wurde deutlich, dass bei der Mutter Einsparungen stattgefunden haben, so dass jetzt ein Überleben bis April möglich ist. Wir müssen abwarten, wie die US-amerikanische Regierung entscheidet. Sie wird erst dann entscheiden, wenn GM ein Konzept vorgelegt hat. Ein solches Konzept liegt bis jetzt noch nicht auf dem Tisch. Fakt ist aber auch, dass Opel kein eigenes Konto hat; zurzeit läuft alles über ein Cash-Management. Wir müssen dafür sorgen – das war heute früh schon Thema –, dass sich das Unternehmen mit seinen Verträgen schon jetzt so aufstellt, dass es sofort handeln kann, wenn in den USA das Konzept vorliegen wird, und keine Verzögerungen eintreten. Das Unternehmen sucht zurzeit Investoren.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Eine weitere Frage stellt die Kollegin Heike Hänsel.

**Heike Hänsel (DIE LINKE):**

Danke schön, Herr Präsident. – Frau Staatssekretärin, mit Interesse habe ich zur Kenntnis genommen, dass Sie mit Steuergeldern verantwortungsvoll umgehen möchten und Konzepte einfordern, bevor Geld fließt. Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang das Vorgehen der Bundesregierung in den letzten Monaten bezüglich der meines Erachtens doch sehr vorschnellen Bereitstellung von Cash? Wenn wir uns das bei den Banken anschauen – ich nenne zum Beispiel die IKB, die Commerzbank und die Hypo Real Estate –, dann kommen wir zu dem Schluss, dass weder das Ziel erreicht wurde, nämlich die Kreditvergabe wieder in Gang zu bringen, noch verantwortungsvoll mit Steuergeldern in Milliardenhöhe umgegangen wurde.

**Dagmar Wöhrl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:**

Ich glaube schon, dass wir sehr verantwortungsvoll mit Steuergeldern umgegangen sind, vor allem, wenn man berücksichtigt, was geschehen wäre, wenn wir das nicht gemacht hätten. Vielleicht gehen Sie einmal in sich und überlegen sich, was passiert wäre, wenn die Menschen am Tag darauf hätten feststellen müssen, dass kein Geld mehr von Geldautomaten ausgezahlt worden wäre. Fakt ist auch, dass wir bei der Hypo Real Estate mit Bürgschaften arbeiten und nicht Geld zur Verfügung stellen.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. Die dringlichen Fragen sind jetzt beantwortet. Sie sind allerdings weiter gefragt; denn die Fragen, die diesen Sachzusammenhang betreffen, werden vorgezogen.

Deswegen kommen wir jetzt zur Frage 22 der Kollegin Sevim Dağdelen:

*Wann konkret gedenkt die Bundesregierung ihre Entscheidung über Art und Umfang von Hilfsleistungen für die Adam Opel GmbH zu treffen, nachdem sie diese Entscheidung ursprünglich bereits für März 2009 angekündigt hatte, nun aber nicht vor April 2009 treffen will, und inwieweit scheidet eine rasche Lösung daran, um seitens der Bundesregierung „nach Argumenten zu suchen, um Opel nicht zu helfen“, obwohl es sich bei der Adam Opel GmbH sehr wohl um ein „systemrelevantes Unternehmen“ handelt, das wegen der Anzahl an Arbeitsplätzen im Unternehmen und im Zuliefererbereich „entscheidend für den Wohlstand der gesamten Gesellschaft“ ist (<http://de.reuters>)?*

Bitte schön.

**Dagmar Wöhrl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:**

Diese Frage geht in die gleiche Richtung wie die Frage von Frau Dr. Enkelmann. Auch zu dieser Frage kann ich nur sagen, dass die Bundesregierung eine Entscheidung treffen wird, sobald ein tragfähiges, belastbares Zukunftskonzept vorliegt.

Für die Entscheidung über den Einsatz staatlicher Hilfen sind, wie gesagt, unter anderem die volkswirtschaftliche Förderungswürdigkeit, andere Finanzierungsmöglichkeiten und die langfristige Tragfähigkeit des vom Unternehmen vorzulegenden Plans zu prüfen.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**  
Nachfrage, Frau Dağdelen?

**Sevim Dağdelen (DIE LINKE):**

Ja. – Zunächst muss ich Ihre Eingangsfeststellung korrigieren: Die Frage von Frau Dr. Enkelmann bezog sich auf die Möglichkeiten, die die Bundesregierung zur Fortführung des Automobilunternehmens Opel sieht. Meine Frage stellt darauf ab, dass in den letzten Monaten von Arbeitsgruppen der Bundesregierung zum Thema Opel die Rede war und es immer wieder Verlautbarungen von Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung gab, dass man im März zu einer Entscheidung kommen wolle. Dann hieß es, Ende März wolle man entscheiden. Jetzt sind wir schon bei April. Nimmt die Bundesregierung zur Kenntnis, dass zum Beispiel allein in Europa 400 000 Arbeitsplätze betroffen sind und Hunderttausende Menschen jeden Tag Zukunftsängste haben bzw. verunsichert sind, vor allen Dingen wegen der unterschiedlichen Berichterstattung und der unterschiedlichen Aussagen von Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung, insbesondere ihrer Minister? Wie steht sie zu der Einsicht, dass man, ehe man öffentliche Gelder für etwas ausgibt, erst einmal selber ein Konzept erstellen sollte und sagen sollte, unter welchen Bedingungen man überhaupt bereit ist, öffentliches Geld zur Rettung von Opel zu geben?

**Dagmar Wöhrl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:**

Die Regierung – ich kann, wie ich glaube, im Namen aller sprechen – macht sich sehr viele Gedanken und auch Sorgen um die Opelaner und ihre Familien und wird alles in ihren Kräften Stehende tun, um einen rechtlich selbstständigen Weiterbestand zu ermöglichen. Fakt ist aber auch: Wir sind nicht das Unternehmen. Das Unternehmen muss erst einmal ein tragfähiges Konzept auf den Tisch legen. Solange das nicht vorliegt und unsere Fragen, die ja in diesem Konzept aufgegriffen werden sollen, nicht beantwortet sind, können wir nicht handeln. Es ist zum Beispiel immer noch nicht dargelegt, auf welche Weise dem Abschottungsprinzip Geltung verschafft werden könnte, damit die Gelder hier in Deutschland bleiben. Ich glaube, es liegt im Interesse von niemandem von uns, wenn wir fast 3 Milliarden Euro zur Verfügung stellen, dieses Geld aber nicht in Deutschland bleibt und nicht die hiesigen Arbeitsplätze, sondern Arbeitsplätze in Amerika oder irgendwo anders gesichert werden. Deswegen müssen wir vorsichtig und überlegt an die Sache herangehen, damit wir das Ziel, das wir haben, auch erreichen.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**  
Weitere Nachfrage?

**Sevim Dağdelen (DIE LINKE):**

Ja, Herr Präsident, ganz kurz. – Selbstverständlich, Frau Wöhrl, haben wir alle das gleiche Interesse daran, dass öffentliche Gelder, also Steuergelder, nicht in die USA abfließen, sondern den Betroffenen zugute kommen schon zu wünschen übrig, wenn man auf eine entsprechende Entscheidung monatelang warten muss.

Meine zweite Frage zielt auf eine Meldung in der heutigen Ausgabe der *Süddeutschen Zeitung* ab, nach der es laut Gesamtbetriebsratschef Klaus Franz im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Vertreterinnen und Vertreter ist, dass Autos von Opel über die Grenzen Europas hinaus exportiert werden dürfen. Ist dies auch Bestandteil der Gespräche gewesen, die die Bundesregierung in den USA geführt hat, oder, falls nicht, gedenkt die Bundesregierung diese vor allen Dingen vonseiten der Belegschaft erfolgte Anregung aufzunehmen und in die weiteren Gespräche einfließen zu lassen?

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Die Frage war schon einmal gestellt; aber vielleicht wiederholen Sie Ihre Antwort.

**Dagmar Wöhrl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:**

Das Wichtigste, was man aus den Gesprächen in Amerika mitnehmen kann, ist, dass die Mutter bereit ist, ein Minderheitsaktionär zu werden. Das ist die erste Voraussetzung für eine mögliche Selbstständigkeit des Unternehmens. Wichtig ist allerdings auch, einen Mehrheitsaktionär, einen Investor zu finden. Dann kann Opel rechtlich selbstständig seine Produkte über die Grenzen Europas hinaus verkaufen.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Frau Kollegin Enkelmann, Sie hatten noch eine Frage. Bitte.

**Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE):**

Frau Staatssekretärin, Sie hatten unter anderem gesagt, dass das Unternehmen gefordert ist, Investoren zu suchen. Nun gestaltet sich die Suche möglicherweise schwierig, wenn ein Teil der Rahmenbedingungen bis heute nicht geklärt ist, zum Beispiel die Frage der Patente, über die wir vorhin schon gesprochen haben. Wäre es nicht möglich, dass zur Gewinnung von Investoren auch eine staatliche Bürgschaft als Sicherheit dienen könnte? Wird das in der Bundesregierung ernsthaft geprüft?

**Dagmar Wöhrl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:**

Uns wurde heute Morgen im Wirtschaftsausschuss vonseiten des Unternehmens mitgeteilt, dass es Interessenten gibt und dass innerhalb der nächsten vier Wochen mit diesen Interessenten Kontakt aufgenommen wird, um das Interesse zu prüfen.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Aber das war jetzt keine Antwort auf meine Frage!)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Vielen Dank, Frau Staatssekretärin, für die Beantwortung der Fragen; das ist ja im Übrigen auch Ihre Pflicht.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms**

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Der Kollege Ramelow hatte sich noch gemeldet!)

– Das habe ich nicht gesehen; jetzt sind wir schon weitergegangen...